

Irans neue Distanz zum Westen

Die Präsidentschaftswahlen als Ausdruck grundsätzlicher Kräfteverschiebungen

Johannes Reissner

Die Präsidentschaftswahlen vom Juni 2005 bezeugen grundlegende soziale und politische Entwicklungen in Iran 26 Jahre nach der Revolution. In dem überraschenden Wahlsieg des populistischen, neo-konservativen Mahmud Ahmadinejad ist der Unmut der ärmeren Iraner zutage getreten, und eine jüngere Generation von Politikern, die vornehmlich während des achtjährigen Kriegs mit dem Irak (1980–1988) ihre politische Prägung erfuhr, hat sich als tonangebende politische Klasse nun auch in der Regierung etabliert. Selbstbewußtsein ist das neue Credo, dem keineswegs nur die Wahlsieger anhängen. Wie China will man ohne Bevormundung durch den Westen dank reicher Energievorkommen seinen eigenen Weg gehen. Zu erwarten ist nicht notwendig eine anti-westliche Politik, sondern selbstbewußte Distanz, mit der man von Fall zu Fall klare Forderungen formuliert oder die kalte Schulter zeigt.

Die zum Teil sehr widersprüchlichen Äußerungen Mahmud Ahmadinejads vor und nach seiner Wahl sowie seine Biographie mögen es nahelegen, den neuen iranischen Staatspräsidenten als konservativen Populisten zu sehen. Doch das reicht für eine Einschätzung seiner zukünftigen Politik nicht aus, sofern er sie denn überhaupt selbst bestimmen wird. Man wird vor allem die Regierungsbildung abwarten müssen. Allerdings verweisen die jüngsten Präsidentschaftswahlen auf wichtige grundlegende Entwicklungen in der iranischen Gesellschaft und Politik:

- ▶ Die konservative Elite beherrscht jetzt zwar alle gewählten und nicht-gewählten Staatsinstitutionen, aber
- ▶ in ihr sind Macht- und Generations-

- konflikte offen ausgebrochen;
- ▶ jüngere, weniger von der Revolution als vom Krieg mit dem Irak geprägte Politiker drängen nach vorn, und
- ▶ die soziale Kluft ist wieder ein Politikum geworden.

Diese Entwicklungen werden ausführlicherer Untersuchungen bedürfen. Hier sind sie gleichwohl skizzenhaft in Betracht zu ziehen, um die im Titel des Papiers formulierte Hypothese von einer neuen Distanz Irans zum Westen in ihren grundlegenden Dimensionen deutlich werden zu lassen.

Alle Macht den Konservativen

Mit der auch für die Iraner überraschenden Wahl Mahmud Ahmadinejads zum neuen

iranischen Staatspräsidenten befinden sich sowohl die ungewählten als auch die gewählten Staatsinstitutionen in der Hand der Konservativen. Dies bedeutet für den Revolutionsführer Khamenei und die systemtreue politische Elite mehr Sicherheit. Denn im konservativen Lager war das unterschwellige Mißtrauen, daß die Reformer letztlich doch das System verändern wollen und dabei das Wohlwollen des Westens besitzen, nie so recht gewichen. Zwar hatte man sich mit der Präsidentschaft Khatamis arrangiert, zugleich war man aber permanent bemüht, vor allem mit Hilfe des Wächterrats und der Justiz die Reformbewegung zu knebeln.

Die Machenschaften des Wächterrats bei den Parlamentswahlen 2004 und auch bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen und die juristische Verfolgung der Reformbewegung hatten nur zum Ziel, diejenigen aus politischen Funktionen zu drängen, an deren Systemtreue man zweifelte. Es war der Kampf derer, die sich als die eigentlichen Vertreter der Revolution verstehen, gegen diejenigen, die man nicht als »zu uns gehörig« betrachtet. Appelle des Revolutionsführers an die Einheit der Nation zielten nur darauf ab, staatsgefährdende Exzesse dieses Kampfes einzudämmen, ihn verhindern konnte (und wollte) er nicht. Bezeichnend für die große Rolle des Mißtrauens ist die Antwort des bekannten Journalisten der konservativen Zeitung *Resalat*, Amir Mohebbian, auf die erstaunte Feststellung nach den Parlamentswahlen 2004, daß die neuen Fundamentalisten im Parlament in vielen sachpolitischen Fragen das gleiche wie die Reformer wollen: »Ja, aber uns vertraut man.«

Mit dem Wahlerfolg Ahmadinejads sind die konservativen Kreise für die zukünftige Innen- und Außenpolitik Irans allein verantwortlich. Dies dürfte aber trotz aller Differenzen zwischen Gesellschaft und Staat schwerlich zu einem Aufstand des »freiheitsliebenden Volkes« gegen das »Mullahregime« führen, wie es amerikanische Hardliner und Gruppen von Exiliranern im Westen in ihren Regimewechselphantasien

erhoffen. Vielmehr weisen die Zeichen auf neue Fraktionierungen in der konservativen politischen Elite.

Die Prinzipientreuen

Mahmud Ahmadinejad wird dem Lager der »Prinzipientreuen« zugerechnet. Das Wort ist die seit einem Jahr gängig gewordene positive Übersetzung des persischen Wortes »osulgaran«, das zunächst einmal »Fundamentalisten« bedeutet. Die konservativen Sieger der letzten Parlamentswahlen vom Februar 2004 benutzten es als Selbstbezeichnung, allen voran die Partei der »Abadgaran«, der »Kultivierer« des Landes, die auch den gegenwärtigen Parlamentspräsidenten Haddad-Adel stellt. Zur Zeit der Parlamentswahlen scheute man sich nicht, sich trotz aller politischen Feindschaft zu den USA gelegentlich mit den amerikanischen Neo-Konservativen als einer religiös-fundamentalistischen, aber gleichwohl modernen und erfolgreichen politischen Bewegung zu vergleichen.

Bald nach der Konstituierung des neuen Parlaments im Mai 2004 wurde für die politische Elite Irans die Kandidatenaufstellung für die Präsidentschaftswahlen zum wichtigsten Thema neben dem Atomstreit mit dem Westen. Im Lager der Reformer und mehr noch in dem der Konservativen entwickelte sich eine echte Konkurrenz um die Aufstellung eines Kandidaten, der gegen den nunmehr 70jährigen früheren Präsidenten Rafsanjani eine echte Chance besäße. Dieser entschloß sich erst kurz vor der Wahl zur Kandidatur. Die Konservativen bildeten für die Kandidatenkür im Herbst einen fünfzehnköpfigen »Rat zur Koordinierung der revolutionären Kräfte«. Das wenige, was von den Aktivitäten des Rats bekannt wurde, macht klar: Auch unter den Konservativen gibt es erheblichen politischen Wettbewerb, der stark von Generationsfragen geprägt ist; verantwortlich für die Uneinigkeit sollen die »Jungen« gewesen sein. Schon im Winter machte sich der frühere langjährige Außenminister Velayati als Kandidat »unabhängiger Prin-

zipientreuer« von dem Koordinierungsrat frei, um dann, nachdem Rafsanjani sich bereit erklärt hatte, wieder anzutreten, auf seine Kandidatur zu verzichten.

Ahmadinejad war keineswegs der Spitzenkandidat des Koordinierungsrats. Kurz vor den Wahlen sollen die Kandidaten des eigenen Lagers unter Verweis auf sein schlechtes Abschneiden bei Meinungsfragen das Gerücht verbreitet haben, er ziehe seine Kandidatur zurück. Möglicherweise war Ahmadinejad den »Kultivierern«, die ihn zum Bürgermeister von Teheran gemacht hatten, zu radikal, denn er gehört zum Zentralkomitee der als extrem geltenden Vereinigung der »sich für die Revolution Aufopfernden«.

Was kennzeichnet die »Prinzipientreuen«? Ihre führenden Köpfe sind im Alter zwischen 40 und 50 Jahren und gehören zwar nicht der Generation der nach der Revolution Geborenen an, die im Westen gern als entscheidende Kraft für Reformen beschworen wurde, aber auch nicht mehr jener der Macher der Revolution. Vielmehr ist es eine Altersgruppe, deren politische Prägung ganz besonders durch den achtjährigen Krieg mit dem Irak (1980–88) bestimmt ist. Es sind Menschen, für die die spirituelle Kraft der Religion und der elementare, im aktiven Kampf um die Heimat erprobte Nationalismus eine unverbrüchliche, pragmatisch orientierte Einheit bilden. In das Schema »Ideologen« versus »Pragmatiker« lassen sie sich nicht pressen. Vielmehr wollen sie von der Basis ihrer Prinzipien aus weltoffen zupacken und auf ihre Weise an der Globalisierung partizipieren. Die gesellschaftliche Spannung, die in der Wahl Ahmadinejads ihren Ausdruck fand, läßt sich in die Frage kleiden: Warum sollen wir, die wir für den islamischen Iran gekämpft und gelitten haben, weniger von den Früchten der Revolution genießen als die, die immer nach dem Westen schielen?

Kleriker als Polit-Mullahs sind bei ihnen kaum anzutreffen, aber Religionsmullahs im eher traditionellen Sinn stehen als geistliche Führer im Hintergrund. Allerdings heißt es, daß sich Ahmadinejad Ayatollah

Mesbah-Yazdi zum Vorbild in religiösen Fragen (marja'a) gewählt habe. Es ist jener als »Feuerkopf« des revolutionären Islam berüchtigte Ayatollah, von dem das Wort stammt, man habe keine Revolution gemacht, um Demokratie zu erhalten.

Die flammenden Predigten der alten Revolutionsmullahs sind für das Politikverständnis der »Prinzipientreuen« nicht ausschlaggebend, auch wenn sie sich in ihnen eher wiederfinden als in den intellektuell anspruchsvolleren Abhandlungen eines Abdolkarim Soroush, der einmal für die Reformbewegung Bedeutung hatte. Das heißt nicht, daß die Prinzipientreuen anti-intellektuell wären, doch Theologie und Philosophie haben an Stellenwert eingebüßt. Viele der »prinzipientreuen« Intellektuellen haben ebenfalls Habermas gelesen, bezeichnenderweise druckte die konservative Zeitung *Resalat* 2003 seinen in Teheran gehaltenen Vortrag komplett in persischer Übersetzung. Doch man muß deswegen nicht gleich zum Habermas-Jünger werden. Zwar bringt es in der iranischen Gesellschaft noch immer Prestige, sich als »homme des lettre« ausweisen zu können, und der Parlamentspräsident pflegt seinen Ruf als Kant-Übersetzer, doch für die Prinzipientreuen zählen in erster Linie fortschrittverheißende Naturwissenschaften und Technik. Diese Mischung aus religiöser Grundüberzeugung und Technikvorliebe ist von allen, nicht nur islamischen Mainstream-Fundamentalisten bekannt.

Eine neue Rolle der Militärs?

Bei den Prinzipientreuen ist die Verbindung von religiösen Grundprinzipien und Technikbegeisterung zusätzlich vor dem Hintergrund der prägenden Erfahrung des achtjährigen Kriegs mit dem Irak zu sehen. Ahmadinejad hatte sich zu Beginn des Krieges freiwillig bei den Revolutionsgarden gemeldet, wo er bei einer Sondereinheit diente. Drei weitere der konservativen Präsidentschaftskandidaten haben eine Militärkarriere: Mohsen Reza'i, Bagher Qalibaf und Ali Larijani. Der Sekretär des

Schlichtungsrats (für Streitfälle zwischen Parlament und Wächterrat), Reza'i, der seine Kandidatur kurz vor den Wahlen zurückzog, war sogar Oberkommandeur der Revolutionsgarden gewesen. Der frühere Polizeichef Bagher Qalibaf hatte nach den blutig niedergeschlagenen Studentendemonstrationen vom Juli 1999 jenen Brief führender Militärs mit unterzeichnet, in dem sie Khatami gewarnt hatten, daß das Militär eingreifen könnte, wenn sich solche, auch gegen den Revolutionsführer und das System gerichteten Demonstrationen wiederholen sollten. Viele der 2004 ins Parlament gewählten Konservativen sollen Militärs in Zivil sein; nach Angaben der iranischen Exilopposition mehr als vierzig.

Vor einem schleichend wachsenden Einfluß des Militärs, insbesondere der Revolutionsgarden, in der Politik wird nicht nur von der Exilopposition, sondern auch im Land selbst immer wieder mal gewarnt. Dieser Einfluß ist angesichts der wirtschaftlichen Rolle, die gerade die Revolutionsgarden und die Freiwilligencorps der Basij über ihre Stellung bei den revolutionären Stiftungen haben, ohnehin nicht zu unterschätzen. Ob sich jedoch eine Rolle des Militärs in der Politik ähnlich wie in Pakistan anbahnt, ist gegenwärtig unwahrscheinlich. Denn es gibt seit der Ära der Pahlavi Schahs (1925-79) eine ausgeprägte Empfindlichkeit in der iranischen Gesellschaft gegenüber dem Einfluß des Militärs auf die Politik. Nicht zufällig hatte Mohsen Reza'i im Wahlkampf betont, daß er schon vor langem die Uniform ausgezogen habe, um in die Politik gehen zu können. Außerdem ist eine Zunahme ehemaliger Militärs in der Politik auch im Zusammenhang mit dem Generationenwechsel zu sehen: Jene Altersgruppe drängt nach vorn, deren Werdegang vom Krieg mit dem Irak geprägt ist. Man wird das Problem einer zunehmenden politischen Rolle des Militärs im Auge behalten müssen, zumal Anhänger der Revolutionsgarden und der Basij an jenen »Unregelmäßigkeiten« bei den Wahlen beteiligt gewesen sein sollen, ohne die

Ahmadinejad möglicherweise nicht die Stichwahl erreicht hätte.

Der Wahlsieg – ein »Tsunami der Prinzipientreuen«

Ein »Tsunami der Prinzipientreuen« – so betitelte die Hardliner-Zeitung *Keyhan* Ahmadinejads Wahlsieg, der auch für die Iraner völlig überraschend war. Die Wahlen entsprachen nicht den Standards »fair und frei«. Wie inzwischen fast üblich hatte der Wächterrat politisch nicht genehme Kandidaten abgelehnt. Die Wähler wurden durch lokale Freitagsprediger beeinflusst und am Wahltag hatten die Basij und die Revolutionsgarden ihre Hand mit im Spiel. Bei der Stimmauszählung (18. Juni) lag der frühere reformfreundige Parlamentspräsident Mehdi Karrubi zunächst lange an zweiter Stelle, dicht hinter dem Spitzenkandidaten Hashemi-Rafsanjani, erst spät rückte Ahmadinejad knapp vor Karrubi auf Platz zwei und erreichte damit die Stichwahl. Diese gewann er gegen Rafsanjani mit 61,7 Prozent zu 36 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 59,8 Prozent (drei Prozent weniger als im ersten Wahlgang).

Mehdi Karrubi beklagte sich in einem offenen Brief an den Revolutionsführer bitter, den dieser aber zurückwies. Später forderte er in einem weiteren offenen Brief die Überprüfung der Ergebnisse in verschiedenen Provinzen. Auch Hashemi-Rafsanjani klagte über Wahlfälschung, sagte aber, daß er keine Richter in Anspruch nehmen werde, da diese ohnehin nicht willens oder fähig seien, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dies werde er Gott anheimstellen. Präsident Khatami kündigte an, dem Revolutionsführer, dem Parlamentspräsidenten und dem gewählten Präsidenten Dossiers über Wahlfälschung zukommen zu lassen. Vorläufig allerdings scheint der »Tsunami« von Ahmadinejads Erfolg jeglichen Widerspruch überspült zu haben.

Ahmadinejads Sieg ist vor allem auf den Zuspruch der einfachen Leute und der unteren Mittelschicht zurückzuführen, ebener Wählerschaft, die von den Reformern

vernachlässigt worden war. »Wir vermochten nicht, den Slogan der Demokratie in tägliches Brot umzuwandeln«, gehörte zu den Erkenntnissen Mohammad-Reza Khatami, des Vorsitzenden der Islamisch-Iranischen Partizipationsfront, der größten Reformpartei.

Für die neue Kluft zwischen Arm und Reich in Iran wird vor allem Rafsanjanis Wirtschaftspolitik des Wiederaufbaus und der Strukturanpassung ab Beginn der 90er Jahre verantwortlich gemacht. Sie hat Neuverteilung und Korruption produziert und jener oberen Mittelschicht genutzt, die sich eher mit der Reformbewegung identifiziert.

Vor dem Hintergrund der sozialen Kluft und der Ressentiments gegen die pro-westlichen Reichen vermochte es Ahmadinejad, seiner Klientel Hoffnung zu geben. Gerechtigkeit war der Kernbegriff seines Wahlkampfes, sein Slogan lautete »Es geht, und wir können es!«. Nicht in erster Linie die Ankündigung einer bestimmten Politik, sondern die Vermittlung von Hoffnung und Selbstvertrauen bestimmten Ahmadinejads Wahlkampf. Gefestigt wurde seine Glaubwürdigkeit durch seinen Ruf, integer zu sein und selbst Hand anzulegen.

Hashemi-Rafsanjani hingegen hatte erklärt, sich des Verhältnisses zu den USA annehmen zu wollen. Damit brach er ein vom Revolutionsführer verhängtes Tabu und wurde zum Wunschkandidaten des Westens. Doch für die 17 Millionen Wähler Ahmadinejads war er nur die Symbolfigur der korrupten Superreichen. Für sie ist das Verhältnis zu den USA nach 26 Jahren amerikanischer Gegnerschaft zu Iran und Sanktionen ebenso sekundär wie das Atomprogramm. Der stark auf die Jugend Nordteherans zugeschnittene Wahlkampf Rafsanjanis konnte von seinen Gegnern leicht als »anstößig« und »pro-westlich« diffamiert werden. Und in der Tat ist nicht ganz einsichtig, warum die iranische Wählerschaft mit »Hashemi«-Stickern zu gewinnen sein sollte, die in Englisch statt in Persisch beschriftet sind.

Ahmadinejads Populismus hingegen wirkte, weil er die Islamische Republik Iran

in ihrer historischen Entwicklung prinzipiell bejaht, und die Botschaft ausstrahlt, daß Fehlentwicklungen mit Gott- und Selbstvertrauen überwunden werden können. Die Slogans der Revolution benutzt er nicht, um Entwicklungen zurückzudrehen, sondern als kraftvermittelnde Anknüpfungspunkte, um nach vorn zu schauen. Debatten über Strukturen, über das System und Demokratie sind seine Sache nicht, er sieht sich als »Straßenkehrer« und will in den Strukturen wirken. Seine nach Art Ayatollah Mesbah-Yazdis negative Wahlkampfaußage über Demokratie, »wir haben keine Revolution gemacht, um Demokratie zu bekommen«, bezieht er auf »westlich-liberale Demokratie«. Ihr entgegen stellt er die »Demokratie auf religiöser Basis«, wie sie 2000 vom Revolutionsführer zum Kernbestandteil des Selbstverständnisses der Islamischen Republik Iran erklärt wurde. Sie ist für ihn Mittel zum Zweck, Gerechtigkeit zu erlangen, nicht fetischisierter Selbstzweck. Dazu paßt seine Forderung nach mehr Partizipation durch Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen und Provinzen.

Gewisse Ähnlichkeiten dieses auf Partizipation konzentrierten Demokratieverständnisses und der Betonung sozialer Gerechtigkeit zu offiziösen Islamvorstellungen in der Türkei, Malaysia und Indonesien sind nicht zu übersehen. Fraglich aber ist, ob die momentane Mobilisierung »von unten« nicht wieder »von oben« erstickt wird und wie die wirtschaftliche Gesundung des Landes ohne Strukturveränderungen möglich sein soll.

Welche Politik?

Dem Staats- und Ministerpräsidenten obliegt nur die Exekutive. Die Richtlinien iranischer Politik, vor allem in sicherheits- und außenpolitischen Fragen bestimmen der Revolutionsführer und der Sicherheitsrat, und in der Gesetzgebung spielt der Schlichtungsrat (noch immer unter Vorsitz Rafsanjanis) als Vermittlungsinstanz zwischen Parlament und Wächterrat eine entscheidende Rolle. Über diese institutionelle

Einengung ihres Gestaltungsspielraums hinaus ist die neue Regierung gerade in Entwicklungsfragen an den Fünfjahresplan und den 20jährigen Perspektivplan gebunden. Seine zum Teil drastischen Wahlkampfaußagen gegen Privatisierung und marktwirtschaftliche Einrichtungen (»die Börse als Spielhölle«) hat Ahmadinejad längst revidiert. Seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zielen auf eine »saubere« Marktwirtschaft mit starker sozialer und kooperativer Komponente.

In seinem Kampf für Gerechtigkeit und gegen Korruption steht der neue Staatspräsident vor dem Dilemma, auch gegen die Revolutionsgarden vorgehen zu müssen, die in die bestehenden ökonomischen Strukturen und intransparenten, wirtschaftlich mächtigen Stiftungen verstrickt sind. Seine Lage kennzeichnete ein iranischer Beobachter deshalb treffend als die eines »Robin Hood im Dienste des Sheriffs von Nottingham«.

Nicht mit strukturellen Veränderungen ist zu rechnen, aber mit personellen, und zwar in größerem Umfang, als es in den Ministerien nach Präsidentschaftswahlen ohnehin üblich ist. Im Brennpunkt wird das Erdölministerium stehen, das als Hochburg der Korruption gilt. Dabei dürften Ressentiments gegen die als pro-Rafsanjani geltenden Technokraten der Ölindustrie und das Interesse islamistischer Technologen, selbst lukrative Posten zu besetzen, mit hineinspielen. Allerdings könnten sich umfangreiche Personalveränderungen negativ auf die Produktion der Erdöl- und Erdgasindustrie auswirken und den »brain drain« verstärken.

Um ihr Versprechen größerer sozialer Gerechtigkeit schnell einzulösen, dürfte die neue Regierung vorerst Subventionen benutzen. Das dazu notwendige Geld wäre dank der hohen Ölpreise vorhanden. Zur hohen Jugendarbeitslosigkeit sind keine markanten Äußerungen Ahmadinejads bekannt.

In bezug auf Freiheit, sei es Presse- und Meinungsfreiheit oder die Freiheit der Lebensgestaltung, sah sich Ahmadinejad

mit der Wucht der in- und vor allem ausländischen Horrorvisionen konfrontiert, die ihn als ultra-konservativen und rückwärtsgewandten Finsterling darstellten, der nichts anderes im Sinn habe, als die mühsam erkämpften Freiheiten wieder zurückzunehmen. Medien, die Reformen mit westlichem Erscheinungsbild verwechseln, berichteten, daß Ahmadinejad in Nordteheran einige schicke Pizzaläden und Cafés schließen ließ, erwähnten aber nicht die große Zahl ebensolcher Lokale, die nach wie vor das Stadtbild bestimmen.

Maßnahmen, um die soziale Kluft zu übertünchen, sind wahrscheinlich, und Bekleidungs Vorschriften sind dafür ein sattsam erprobtes Mittel. Eine komplette Abschaffung der errungenen Freiheiten ist jedoch aus ernsteren Gründen als dem, daß Ahmadinejads Kulturberater geradezu paradiesische Pressefreiheiten versprochen hat, nicht zu erwarten. Das Regime weiß, daß die jungen Wähler Ahmadinejads sich vieles von dem wünschen, dessen sich die Jeunesse dorée der Aghazadehs, das heißt die Söhne einflußreicher und wohlhabender Eltern (auch Mullahs), in Nordteheran erfreut.

Gerade während der Ära Khatami hat sich in der Führungsschicht des Regimes die Haltung breitgemacht, daß sich mit einem gewissen Laisser-faire die Bevölkerung viel besser bei der Stange halten läßt und es sich nicht lohnt, Satellitenschüsseln und moderne Lebensformen zu verbieten, solange das Regime nicht bedroht ist. Dieses aber kann mit Ahmadinejads Wahl als gesicherter gelten denn zuvor. Außerdem weiß man natürlich, daß mit den Wahlen die sozialen und politisch-ideologischen Differenzen nicht automatisch verschwunden sind. Nicht nur die Reformzeitungen rechneten dem neuen Staatspräsidenten vor, daß er nur von 35 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde. Er selbst hatte im Wahlkampf, einen Slogan der Reformbewegung aufgreifend, betont, daß Iran allen Iranern gehöre. Und auch der Revolutionsführer Khamene'i ist sich offenbar der erheblichen Spannungen in der Gesell-

schaft bewußt: In seiner ersten Reaktion auf die Wahlen untersagte er jegliche öffentliche Freudenfeiern.

Was kann der Westen erwarten?

Auch diese Frage läßt sich gegenwärtig noch nicht konkret beantworten. Doch es erscheint durchaus nützlich, sich auch einmal die Gegenfrage vieler Iraner zu vergegenwärtigen: Was haben wir vom Westen (noch) zu erwarten? Natürlich stellt sich die Frage, wie Ahmadinejad sich zu den USA verhalten wird. Bezeichnend aber ist, daß die meisten Iraner den Ball im Feld Washingtons sehen. Diese Einstellung hat mit den Wahlen noch Auftrieb erhalten und schlägt sich natürlich auch auf das Verhältnis zu Europa und insbesondere auf die Atomverhandlungen nieder.

Präsident Bush hat die Wahlen von vornherein als unfair und unfrei bewertet, und Außenministerin Rice verurteilte sie als »nicht im Tritt mit den Demokratietendenzen in der Region« stehend. Man möchte hoffen, daß beide die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in Iran, wie sie in den Wahlen zum Ausdruck kamen, ernster nehmen als ihre eigenen Worte. Doch zunächst einmal hat sich das amerikanisch-iranische Verhältnis weiter verschlechtert. Daß Ahmadinejad bei der Besetzung der amerikanischen Botschaft nach der Revolution 1979 mitgemacht haben soll, wurde von manchen amerikanischen Medien groß aufgemacht. Einige europäische folgten ihnen darin. Für die Iraner ist dergleichen nur eine weitere Bestätigung für westliche doppelte Standards, denn daß viele der Köpfe der Reformbewegung einst die Anführer der Botschaftsbesetzung waren, ist nie an die große Medienglocke gehängt worden.

Die immer wieder vorgebrachte Überlegung, daß das Regime, wenn es sich sicher fühlt und eine nutzbringende Verbesserung der Beziehungen zu den USA nicht mehr den Reformern gutgeschrieben werden kann, durchaus zu pragmatischen Schritten bereit wäre, kann man im

Augenblick nur als prinzipiell richtige Spekulation im Raum stehen lassen. Aus der zumeist verkürzt wiedergegebenen Äußerung Ahmadinejads, »wir brauchen Amerika nicht«, läßt sich für die konkrete zukünftige Politik gegenüber den USA nichts ableiten. Der ganze Satz hieß: »Wir haben genügend Selbstvertrauen und in uns liegende Fähigkeiten für unseren Fortschritt und unsere Entwicklung, um auf die USA nicht angewiesen zu sein.« Die Betonung lag auf Selbstvertrauen.

Daher dürfte sich am iranischen Interesse nichts ändern, sich mit den Amerikanern in direkter Nachbarschaft, vor allem im Irak und in Afghanistan, pragmatisch zu vertragen und ihnen zugleich, wo immer möglich, diplomatisch oder auch konkret Terrain zu beschneiden. Der Besuch des irakischen Verteidigungsministers und des Ministerpräsidenten und der Abschluß eines Sicherheitsabkommens mit dem Irak zeigen dies ebenso wie die an die USA gerichtete Aufforderung der Shanghaier Kooperationsorganisation, der Iran neben Indien und Pakistan jetzt als Beobachter angehören, ein Datum für ihren Truppenabzug aus Zentralasien zu nennen.

Das europäisch-iranische Verhältnis ist von anhaltend boomenden Wirtschaftsbeziehungen und der Atomdebatte bestimmt. Auf beides dürfte sich der neue Schub im Selbstbewußtsein auswirken. Von ihm sind keineswegs nur Anhänger Ahmadinejads erfaßt, sondern ebenso iranische Nationalisten mit Reformneigungen. Sie teilen die Vorstellung, daß man auf europäisches Kapital eigentlich nicht angewiesen sei, da es im Persischen Golf Kapital in Hülle und Fülle gebe, das nach dem 11. September 2001 nicht mehr vornehmlich international investiert werde, sondern mehr und mehr auch in Iran. Auch politische Unterstützung und Anerkennung der Europäer sei nur beschränkt von Nutzen. Die Vergangenheit habe gezeigt, daß europäische Unterstützung nicht viel bringe, vor allem nicht für einen Durchbruch in den Beziehungen zu den USA. Der Außenhandel schließlich werde sich weiterhin in

Richtung Asien diversifizieren – das Schlagwort von »Großasien«, dem man sich zugehörig fühlt, macht die Runde – und die Technologie, die nur in Europa erhältlich ist, werde man halt kaufen.

Eine Diversifizierung des Außenhandels in Richtung Asien wird seit Beginn der 90er Jahre angestrebt und wurde in schwierigen Phasen des »kritischen Dialogs« auch schon mal als Drohargument benutzt. Allerdings läßt die Tatsache, daß in den letzten vier Jahren der europäische Anteil (EU-15) an den weltweiten Exporten nach Iran bei durchschnittlich 44,4 Prozent lag, die Vorstellung einer für Europa schwerwiegenden Diversifizierung des iranischen Außenhandels noch als ferne Vision erscheinen. Doch Visionen können politische Haltungen beeinflussen. Es heißt, daß bei Ausschreibungen verstärkt zuerst inländische Angebote berücksichtigt werden sollen oder nicht-europäische, die fast die gleiche Qualität bieten. Europäern wird geraten, angesichts der zu erwartenden überall fälligen personellen Umbesetzungen die Geschäftskontakte breiter zu streuen.

Die sich hinziehenden Atomverhandlungen haben dem europäisch-iranischen Verhältnis eher geschadet. Auf iranischer Seite herrscht die Auffassung vor, daß es die Europäer bestenfalls gut meinen, aber zu schwach sind und zu wenig zu bieten haben. Die Europäer hingegen sind von ihren guten Absichten überzeugt und schätzen ihre Bemühungen und das, was sie für die langfristige Entwicklung Irans zu bieten haben, hoch ein. Nach Ansicht der *Financial Times* sind die Atomverhandlungen an den Punkt gelangt, an dem beide Seiten nur noch das »blame game« spielen. Entscheidend für den Augenblick ist die ausdrückliche Bereitschaft beider Seiten, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Wahl Ahmadinejads wird sich vor allem stimmungsmäßig auswirken. Zwar hat er in der Atomfrage nicht zu entscheiden. Doch das seit seiner Wahl gesteigerte nationale Selbstbewußtsein dürfte den ohnehin großen Druck, auf keinen Fall »klein beizugeben«, verstärken, während man gleich-

zeitig auf Bewegung in der amerikanischen Politik lauert.

Die europäische Iranpolitik wird sich darauf einstellen müssen, weniger reformorientierte Ansprechpartner zu haben. Die vormals scheinbar leichte Verständigung im Diskurs über Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechte könnte erschwert werden. Andererseits und günstigstenfalls ist denkbar, daß die iranische Seite ihre eigenen Interessen und Forderungen deutlicher formuliert. Das neue Selbstbewußtsein ist mehr denn je gleichermaßen islamisch und national getragen. Daher könnte Ahmadinejad auf mehr Resonanz stoßen als die Vorverurteilungen als »ultra-konservativ« oder »Taliban« vermuten lassen. Das Selbstbewußtsein nämlich bietet zumindest das Gefühl von Schutz vor äußerer Einmischung und Bevormundung und erlaubt, ungestört die internen Interessen auszuhandeln.

Das gesteigerte Selbstbewußtsein bedeutet wie gesagt nicht eine grundsätzlich antiwestliche Politik, und das lebendige Interesse der Iraner an kulturellen Beziehungen und intellektueller Auseinandersetzung mit dem Westen dürfte so schnell nicht erlahmen. Für die europäische Iranpolitik wird noch mehr Kommunikation, die sich an Sachfragen orientiert und auf ein Ausloten der Positionen und Kooperationsmöglichkeiten ausgerichtet ist, wichtig werden, auch wenn sich die Gespräche selbst schwieriger gestalten mögen. Das langfristige europäische Interesse, Iran in internationale Strukturen einzubinden, die auch seiner Entwicklung dienlich sind, mag vorerst – nicht nur vor dem Hintergrund der Atomdebatte – noch schwerer vermittelbar sein. Auch am iranischen Politikstil dürfte sich nicht viel ändern. Man könnte ihn in Anlehnung an Ahmadinejads Slogan »Es geht, und wir können es!« in die Worte fassen: »Irgendwie geht's, und irgendwie werden wir's schon schaffen!«

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364